

Hilferuf nach Stuttgart

2026 kommt der Ganztags-Rechtsanspruch für Grundschüler. Den Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz gibt es bereits. Beides setzt Freiburgs Verwaltung unter Druck. Den gibt sie jetzt ans Land weiter.

■ *Von Stephanie Streif*

FREIBURG Der von OB Martin Horn abgesetzte Kita-Hilferuf zeigt das Dilemma, in dem die Stadt steckt. Vor Ort soll umgesetzt werden, was Bund und Land als Rahmenbedingungen für eine zuverlässige und gute Kita-Betreuung vorgeben. Das politische Versprechen – jedem Kind ein Kita-Platz – konnte über lange Jahre eingelöst werde. Angesichts eines immer größer werdenden Mangels an pädagogischen Fachkräften kommen die Kommunen an ihre Grenzen. Auch Freiburg.

Der beste Beweis: Der Kita-Hilferuf, den Horn zusammen mit 18 anderen südbadischen (Ober-)Bürgermeistern an den baden-württembergischen Ministerpräsi-

dent Winfried Kretschmann schriftlich abgesetzt hat. Darin werden zwei Optionen genannt, wie der sich zuspitzende Konflikt aufzulösen sei: Die Rechtsansprüche sowohl im Kita- als auch im Grundschulbereich (ab 2026 kommt der verbindliche Ganztags für Grundschüler) unter Vorbehalt zu stellen oder die Kita-Standards zu senken. Was „nicht zufriedenstellend“ sei, heißt es in dem Brief.

Stefanie Rausch, Geschäftsführerin des Diakonievereins Freiburg-Südwest, der auch Kita-Träger ist, bringt es auf den Punkt: Es sei eine ehrliche Reaktion auf eine reale Situation, zeige aber auch die Hilflosigkeit. Das Land soll es jetzt richten. Der Rechtsanspruch gilt allerdings bundes- und nicht landesweit. Und der Brief lässt offen, welche Art von Unterstützung man sich wünscht. Auf Anfrage bei Stadtverwaltung heißt es, dass es im Falle Freiburgs nicht darum gehe, den Rechtsanspruch im Kita-Bereich unter Vorbehalt zu stellen, so Rathaussprecher Sebastian Wolfrum. In der Stadt verfüge man über hohe Platzquoten. Ein größeres Problem sieht die Verwaltung im Ganztags-Rechtsanspruch für Grundschulkin- der, der bauliche Maßnahmen nötig

macht. „Wir brauchen dringend Klarheit bei den Förderbedingungen, damit wir die Bauvorhaben angehen können“, sagt Wolfrum.

Die Dringlichkeit des Problems ans Land weiterzugeben, begrüßen sowohl der Gesamtelternbeirat Freiburger Kitas als auch der Gemeinderat. Eine Debatte darüber auch. Die Ratsfraktion „Eine Stadt für alle“ (7 von 40 Sitzen) wünscht sich jedoch mehr kommunale Eigeninitiative und schlägt vor, auch vor Ort nach Lösungen zu suchen und klare Forderungen an die Landesregierung zu erarbeiten – etwa bei einem Hearing mit allen Beteiligten.

Auf Kita-Trägerseite wird vor einem Herabsetzen der Kita-Standards – etwa größere Gruppen – gewarnt: „Die Folge werden noch mehr Kündigungen und Abwanderungen aus den Kitas sein“, sagt Carlos Mari, Geschäftsführer des Jugendhilfswerks. Sich ans Land zu wenden, hält er für richtig. Er plädiert für eine neue Migrationspolitik, damit qualifizierte Migranten und Migrantinnen nicht länger einen Bogen um Deutschland machen. Ein Aspekt, der in dem Bürgermeisterbrief nicht auftaucht.